

# Gemeinde Jemgum

Der Bürgermeister

An die Mitglieder  
des Umweltausschusses

-----  
(nachrichtlich an alle Ratsmitglieder)

Jemgum, 25.08.2017

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zur 3. öffentlichen Sitzung des Umweltausschusses der Gemeinde Jemgum am

**Montag, dem 04.09.2017, um 19:00 Uhr,**  
**Dörfergemeinschaftshaus Jemgum**

ein.

## **Tagesordnung:**

- 1.** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der anwesenden Ausschussmitglieder und der Beschlussfähigkeit
- 2.** Feststellung der Tagesordnung
- 3.** Genehmigung der Niederschrift vom 11.05.2017
- 4.** Bericht des Ausschussvorsitzenden und des Bürgermeisters mit anschließender Aussprache
- 5.** Anfragen der Einwohnerinnen und Einwohner zu den Tagesordnungspunkten und zu Gemeindeangelegenheiten
- 6.** Bauarbeiten an der "Gascade"-Leitung  
Vorlage: IV/0166/2017/
- 7.** NLWKN - Life Projekte "Marienchor" und "Midlumer Deichvorland"  
Vorlage: IV/0167/2017/
- 8.** Planungen EWE-Batterie / Antrag der Fraktion Jemgum 21  
Vorlage: BV/0168/2017/
- 9.** Gleichstromverbindung A-Nord / Antrag der Fraktion Jemgum 21  
Vorlage: BV/0169/2017/
- 10.** Nitratbelastung des Trinkwassers / Antrag der Fraktion Jemgum 21  
Vorlage: BV/0170/2017/

- 11.** Anfragen, Anregungen und Hinweise
- 12.** Anfragen der Einwohnerinnen und Einwohner zu den Tagesordnungspunkten und zu anderen Gemeindeangelegenheiten
- 13.** Ende der Sitzung

Mit freundlichen Grüßen

Heikens

# TOP 6

## Informationsvorlage

Vorlage Nr.: IV/0166/2017/

<b>Betreff:</b>	<b>Bauarbeiten an der "Gascade"-Leitung</b>	
<b>Bearbeiter:</b>	<b>Insa Müller</b>	
<b>Aktenzeichen:</b>	<b>221-561 - Mü</b>	<b>24.08.2017</b>

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Termin</b>	
Umweltausschuss	04.09.2017	

### Sachverhalt:

Ein Mitarbeiter der Firma „Gascade“ wird während der Sitzung Informationen zu den aktuell stattfindenden Arbeiten an der Leitung auf dem Gelände der EWE geben.

## Informationsvorlage

Vorlage Nr.: IV/0167/2017/

<b>Betreff:</b>	<b>NLWKN - Life Projekte "Marienchor" und "Midlumer Deichvorland"</b>	
<b>Bearbeiter:</b>	<b>Insa Müller</b>	
<b>Aktenzeichen:</b>	<b>221-561 - Mü</b>	<b>24.08.2017</b>

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Termin</b>	
Umweltausschuss	04.09.2017	

### Sachverhalt:

Herr Martin Wendeburg vom NLWKN in Oldenburg wird während der Sitzung anhand einer Präsentation über die NLWKN – Life Projekte „Marienchor“ sowie „Midlumer Deichvorland“ informieren.

Niedersachsen ist das wichtigste „Wiesenvogelland“ Deutschlands.

Mit dem Ende 2011 genehmigten LIFE + Projekt stellt sich das Land Niedersachsen dieser Verantwortung mit Hilfe der Europäischen Union.

In den kommenden Jahren sollen mit diesem Naturschutzprojekt die Kernflächen der Wiesenvogelschutzgebiete Niedersachsens speziell für die heimischen Wiesenvögel entwickelt und gesichert werden.

# TOP 8

## Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: BV/0168/2017/

<b>Betreff:</b>	<b>Planungen EWE-Batterie / Antrag der Fraktion Jemgum 21</b>	
<b>Bearbeiter:</b>	<b>Insa Müller</b>	
<b>Aktenzeichen:</b>	<b>221-561-Mü</b>	<b>24.08.2017</b>

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Termin</b>	
Umweltausschuss	04.09.2017	

### **1. Sachverhalt:**

Die Fraktion Jemgum21 hat die Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes beantragt.

Der genaue Sachverhalt ist der Anlage zu entnehmen.

### **Beschlussvorschlag:**

### **Anlagenverzeichnis:**

Antrag der Fraktion Jemgum 21



## **Antrag für die Sitzung des**

## **Umweltausschusses am 4. September 2017**

### **TOP: EWE-Batterie-Planungen in Jemgum**

#### Beschlussvorschlag:

Der Umweltausschuss begrüßt die Planungen der EWE als einen innovativen Beitrag zur Gestaltung der Energiewende in Deutschland. Gleichwohl müssen die berechtigten Fragen und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Sicherheit sowie hinsichtlich möglicher Umweltfolgen des Großprojekts ernst genommen werden. Eine umfassende und unabhängige Prüfung aller entsprechender Fragen ist daher unerlässlich. Da die Gemeindeverwaltung über keine entsprechenden Prüfkapazitäten verfügt, ist eine Beratung extern zu beauftragen. Der Ausschuss fordert die Verwaltung daher auf, eine entsprechende Auftragsvergabe vorzubereiten, indem

- a) im Zusammenwirken mit den Ausschussmitgliedern, aber auch mit lokalen Vereinen und Umweltverbänden mögliche Problem- und Fragebereiche für die externe Prüfung identifiziert werden;
- b) Angebote für entsprechende externe Beratungsleistungen eingeholt und dem Verwaltungsausschuss zur Entscheidung vorgelegt werden; und
- c) Gespräche mit der EWE Gasspeicher GmbH über die Übernahme der Kosten für die unabhängige Beratung geführt werden.

#### Begründung:

Die EWE plant in Jemgum den Bau und die Inbetriebnahme von Strom aus Windkraft speichernden Batterien in den vorhandenen Kavernen (siehe die entsprechende Berichterstattung in Tageszeitungen sowie auf der Internetseite der EWE Gasspeicher GmbH). Je nach Erfolg dieses Vorhabens („Größte Batterie der Welt“) ist langfristig auch der Bau weiterer Kavernen in Jemgum angedacht.

Ein solches Vorhaben würde einen wichtigen Beitrag zur Energiepolitik in Deutschland leisten, da bisher die Speicherung von regenerativer Energie kaum möglich ist. Ziel ist der Bau einer „grünen Batterie“, d.h. einer Anlage, die keine schädlichen Folgen für Mensch und Umwelt hat.

Gleichwohl birgt jede Technologie, insbesondere auch solche, die in Großanlagen verwendet wird, Risiken für Mensch und Umwelt. Beispielhaft kann auf die Frage verwiesen werden, wie sichergestellt werden soll, dass die chemische Flüssigkeit, die in kaum vorstellbar großen Mengen in die Anlagen gepumpt wird, nicht in das Grundwasser gelangt.

Die Gemeindeverwaltung und ebenso der ehrenamtlich tätige Gemeinderat sind nicht in der Lage, solche und andere wichtige Fachfragen zu klären. Es besteht auch nicht die personelle Kapazität, entsprechende Informationsvorlagen des Unternehmens zu prüfen.

Da es sich bei dem Vorhaben um ein Großprojekt handelt, das unter Umständen über Jahrzehnte betrieben wird, erscheint eine umfassende und unabhängige Prüfung aller relevanten Fragen und eine uneingeschränkte Transparenz der vorhandenen Informationen unerlässlich zu sein. Um Gemeinderat und Gemeindeverwaltung in die Lage zu versetzen, das Projekt wohlwollend, aber gleichzeitig sorgfältig im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu begleiten, ist eine externe Fachberatung vonnöten.

Mit der EWE Gasspeicher GmbH sollte über die Übernahme der Kosten für diese Beratung verhandelt werden. Es wäre ein überzeugender Ausweis der Glaub- und Vertrauenswürdigkeit des Unternehmens, wenn dieses eine unabhängige Prüfung und Beratung finanzieren würde.

Unabhängig von dieser umweltrelevanten Prüfung muss die Gemeinde weitere Aspekte des Vorhabens bewerten, u.a. juristische und steuerrechtliche Fragen. Diese Aspekte sind an anderer Stelle, vornehmlich im Verwaltungsausschuss, zu beraten.



Walter Eberlei

Fraktionssprecher Jemgum 21

## Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: BV/0169/2017/

<b>Betreff:</b>	<b>Gleichstromverbindung A-Nord / Antrag der Fraktion Jemgum 21</b>	
<b>Bearbeiter:</b>	<b>Insa Müller</b>	
<b>Aktenzeichen:</b>	<b>221-561-Mü</b>	<b>24.08.2017</b>

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Termin</b>	
Umweltausschuss	04.09.2017	

### **1. Sachverhalt:**

Die Fraktion Jemgum 21 hat die Aufnahme dieses Tagesordnungspunkts beantragt.

Der genaue Sachverhalt ist der Anlage zu entnehmen.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Umweltausschuss beauftragt die Verwaltung, einen Vertreter der Firma Amprion zu einer öffentlichen Sitzung des Ausschusses im IV. Quartal 2017 einzuladen, um den Stand der Planungen für die Stromtrasse A-Nord vorzutragen und für Rückfragen zur Verfügung zu stehen.

Im Anschluss daran wird der Umweltausschuss dem Rat einen Vorschlag für eine Stellungnahme zu den Planungen vorlegen.

### **Anlagenverzeichnis:**

- Antrag der Fraktion Jemgum 21



**Antrag für die Sitzung  
des Umweltausschusses am 4. September 2017**

**TOP: Stromtrasse durch die Gemeinde Jemgum**

Beschlussvorschlag:

Der Umweltausschuss beauftragt die Verwaltung, einen Vertreter der Firma Amprion zu einer öffentlichen Sitzung des Ausschusses im IV. Quartal 2017 einzuladen, um den Stand der Planungen für die Stromtrasse A-Nord vorzutragen und für Rückfragen zur Verfügung zu stehen.

Im Anschluss daran wird der Umweltausschuss dem Rat einen Vorschlag für eine Stellungnahme zu den Planungen vorlegen.

Begründung:

Für den seit längerem vom Bund beschlossenen Bau einer Megastromtrasse von der Küste nach Nordrhein-Westfalen liegen seit kurzem die Vorschläge für die mögliche Trassenführung vor. Zwei von drei Trassenvorschlägen zwischen Emden und dem Gebiet südlich der Gemeinde Jemgum führen über das Gemeindegebiet (eine dritte Variante durch das Moormerland).

Die Firma Amprion, die den Auftrag für den Bau erhalten hat, wird voraussichtlich im März 2018 der Bundesnetzagentur einen endgültigen Vorschlag (unter Nennung der priorisierten Trasse) vorlegen. Nach dem jetzigen Zeitplan wird dann sehr kurzfristig eine Anhörung der Träger öffentlicher Belange durchgeführt werden, d.h. auch der Gemeinde Jemgum. Eine frühzeitige Vorbereitung dieser Stellungnahme zu der komplexen Problematik erscheint dringend geboten zu sein. Außerdem besteht im Vorfeld der Antragsstellung durch Amprion ggf. noch die Möglichkeit, durch die Vermittlung entsprechender Argumente Einfluss auf den endgültigen Trassenvorschlag zu nehmen.

Aus diesem Grunde erscheint ein Gespräch mit der Firma noch in diesem Jahr sehr sinnvoll zu sein: a) zur weiteren Informationsgewinnung und b) zur Übermittlung wichtiger Argumente aus Sicht der Gemeinde, die für oder gegen die jetzt vorgelegten Vorschläge sprechen.

Am Rande einer Informationsveranstaltung der Firma Amprion am 15. August 2017 in Leer hat der Antragsteller mit dem Leiter der Kommunikationsabteilung des Unternehmens sprechen können. Dieser sagte zu, bei Einladung durch die Gemeinde für Gespräche zur Verfügung zu stehen.

Walter Eberlei  
Fraktionssprecher Jemgum 21

# TOP 10

## Beschlussvorlage

Vorlage Nr.: BV/0170/2017/

<b>Betreff:</b>	<b>Nitratbelastung des Trinkwassers / Antrag der Fraktion Jemgum 21</b>	
<b>Bearbeiter:</b>	<b>Insa Müller</b>	
<b>Aktenzeichen:</b>	<b>221-561-Mü</b>	<b>24.08.2017</b>

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Termin</b>	
Umweltausschuss	04.09.2017	

### **1. Sachverhalt:**

Die Fraktion Jemgum 21 hat die Aufnahme dieses Tagesordnungspunktes beantragt.

Der genaue Sachverhalt ist der Anlage zu entnehmen.

### **Beschlussvorschlag:**

### **Anlagenverzeichnis:**

- Antrag der Fraktion Jemgum 21



## **Antrag für die Sitzung des Umweltausschusses am 4. September 2017**

### **TOP: Nitratbelastung des Trinkwassers**

#### Beschlussvorschlag:

1. Der Umweltausschuss fordert die Verwaltung auf, geeignete Maßnahmen vorzuschlagen, mit denen eine stärkere Belastung des Grundwassers durch Nitrat verhindert bzw. reduziert werden kann. Insbesondere ist zu prüfen, ob die Verpachtung von gemeindeeigenen Flächen an Landwirte an die Auflage gekoppelt werden kann, dass hier keine von außerhalb eingeführte Gülle ausgebracht wird.
2. Der Umweltausschuss schlägt dem Rat der Gemeinde vor, die Erarbeitung eines *Kommunalen Umweltberichts der Gemeinde Jemgum* zu beschließen und dafür ggf. notwendige Finanzmittel in den Haushalt 2018 einzustellen. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat einen entsprechenden Vorschlag vorzulegen. Der Umweltbericht soll die für Bürgerinnen und Bürger besonders relevanten Umweltthemen – zentrales Beispiel: Trinkwasserqualität in der Gemeinde – aufgreifen und die verfügbaren Informationen dazu in verständlicher Form aufbereiten. Der Bericht soll dem Rat ferner als Grundlage dienen, realistische Handlungsspielräume kommunaler Umweltpolitik zu identifizieren. Bei der Erarbeitung des Berichts soll der Umweltausschuss eine tragende Rolle spielen.

#### Begründung:

In den vergangenen zwei Monaten ist die Belastung des Trinkwassers in Deutschland, u.a. durch Nitrat, in den Fokus der öffentlichen Diskussion geraten. Zunächst veröffentlichte das Bundesumweltamt im Juni 2017 einen alarmierenden Bericht über die sich verschlechternde Qualität des Trinkwassers (siehe Anlage 1). Anfang August bestätigte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft die Problematik und warnte vor deutlichen Preissteigerungen für Trinkwasser, weil dieses in Zukunft wesentlich intensiver aufbereitet werden müsse, insbesondere um das für Menschen schwer gesundheitsgefährdende Nitrat (bzw. Nitrit) herauszufiltern (Anlage 2).

Sowohl das Bundesumweltamt als auch der Wasserverband machen die Landwirtschaft und insbesondere das massiv angestiegene Ausbringen von Gülle für diese Entwicklung verantwortlich. Der Überschuss an Gülle entsteht vor allem durch die Massentierhaltung in Ställen. In diesem Zusammenhang ist vor allem der Handel mit Gülle in den Fokus geraten: Betreiber von Massentierställen in Deutschland (z.B. in Süddoldenburg) oder den Niederlanden verkaufen Gülle an Landwirte, die diese auf ihren bislang weniger belasteten Ländereien ausbringen.

Der Gülleimport aus den Niederlanden nach Deutschland ist in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen: von 1,7 Mio. Tonnen im Jahr 2012 auf 2,1 Mio. Tonnen im Jahr 2016.<sup>1)</sup> Die Menge in 2016 entspricht 66.000 LKW-Ladungen mit Gülle. Hauptabnehmer sind die Bundesländer NRW und Niedersachsen. Die Nährstoffberichte der Landwirtschaftskammer bestätigen den Anstieg von Gülleexporten in den vergangenen Jahren auch nach Niedersachsen, auch nach Ostfriesland.<sup>2)</sup>

Doch auch innerhalb Deutschlands ist Gülle inzwischen eine weit verbreitete Handelsware. Insbesondere die Gebiete, die für umfangreiche Massentierhaltung bekannt sind und in denen gleichzeitig schon jetzt eine völlige Überdüngung an der Tagesordnung ist, „exportieren“ Gülle in andere Regionen, die noch „aufnahmefähig“ sind, d.h. dorthin, wo die Grenzwerte für Nitrat im Grundwasser noch nicht erreicht sind. Der Druck, die immer mehr werdende Gülle in solche Gebiete zu verbringen, dürfte in den nächsten Jahren weiter steigen.

Anders als viele andere Gebiete in Niedersachsen, auch in Ostfriesland (z.B. Landkreis Aurich), erscheint das Rheiderland zunächst als ein Landstrich, der kein Problem mit Nitrat hat. Die hier praktizierte Weidehaltung von Tieren – d.h. auch das in der Regel vernünftige Verhältnis von Tieren und landwirtschaftlicher Fläche, die sich auch aus der Bodenbeschaffenheit ergibt – führt in der Regel nicht zur Überdüngung. Den Landwirten, die ihre Flächen entsprechend nutzen, ist insofern ein Kompliment zu machen: soweit nachvollziehbar, ist diese Form der Bewirtschaftung nachhaltig für Mensch und Umwelt. Entsprechend wird im Grund- bzw. Trinkwasser im Rheiderland zwar Nitrat festgestellt, aber in einer Menge, die deutlich unter den Grenzwerten liegt und insofern durch die Natur abgebaut werden kann.<sup>3)</sup>

Dieser gute Zustand muss erhalten bleiben und wo möglich noch verbessert werden! Auf der einen Seite muss die Gemeinde prüfen, welche Möglichkeiten sie hat, „Gülleimporte“ in die Gemeinde (z.B. aus den Niederlanden, aus Süddoldenburg oder anderen Teilen Ostfrieslands) zu unterbinden. Rechtlich ist eine entsprechende Einschränkung ggf. auf den von der Gemeinde verpachteten Flächen möglich. Dies ist zu prüfen.

Darüber hinaus ist aber vor allem Transparenz zu schaffen: Öffentliche Aufmerksamkeit hilft, Umweltsünden zu verhindern. Gleichzeitig hilft Transparenz auch den Landwirten, die ihre Flächen nachhaltig bewirtschaften. Ein pauschales „Bauernbashing“ kann so verhindert werden.

Eine Möglichkeit für die Gemeinde, Transparenz zu schaffen – im Blick auf das Trinkwasser, aber auch im Blick auf andere Umweltbelange wie die Wasserqualität in Gewässern bzw. in Oberflächen, die Luftqualität, Tier- und Naturschutz, Müll/Abfallwirtschaft, Lärm, Verkehr – ist ein *Kommunaler Umweltbericht*. Eine Reihe von Kommunen veröffentlichen inzwischen solche Berichte, in denen lokale umweltrelevante Informationen zusammengestellt und für die Bevölkerung nachvollziehbar sind. Solche Beiträge, die mit vergleichsweise geringem Aufwand erstellt werden können, tragen langfristig dazu bei, die Lebensqualität in Regionen zu erhalten und zu verbessern.



Walter Eberlei,  
Fraktionssprecher Jemgum 21

#### Quellenhinweise:

1) Daten: Rijksdienst voor Ondernemend Nederland (Staatliche Exportförderagentur der Niederlande): OVERZICHT: Export dierlijke mest per jaar. Datum: 13 februari 2017. <http://www.rvo.nl/sites/default/files/2016/05/Overzicht%20export%20dierlijke%20mest%20per%20jaar.pdf>

2) Die Landwirtschaftskammer veröffentlicht seit 2012 Nährstoffberichte in Bezug auf Wirtschaftsdünger; im Internet: <https://www.lwk-niedersachsen.de/index.cfm/portal/meldeprogrammwirtschaftsduenger/nav/1787.html>

3) Vergleiche die Daten, die das Niedersächsische Umweltministerium bzw. das NLWKN und der Wasserversorgungsverband Rheiderland veröffentlichen: <https://www.umwelt.niedersachsen.de/umweltbericht/wasser/nitrat/nitrat-88735.html> bzw. <http://www.wvv-rheiderland.de/fileadmin/pdf/Trinkwasseranalyse.pdf>

## Anlage 1 zum Antrag der Fraktion Jemgum 21



Umwelt  
Bundesamt

Home > Zu viel Dünger: Trinkwasser könnte teurer werden

---

## Zu viel Dünger: Trinkwasser könnte teurer werden

### Preissteigerung bis zu 45 Prozent erwartet

**Trinkwasser könnte in etlichen Regionen Deutschlands in Zukunft spürbar teurer werden. Grund ist die hohe Belastung des Grundwassers mit Nitrat. Über 27 Prozent der Grundwasserkörper überschreiten derzeit den Grenzwert von 50 mg/l. Wenn die Nitratreinträge dort nicht bald sinken, müssen betroffene Wasserversorger zu teuren Aufbereitungsmethoden greifen, um das Rohwasser von Nitrat zu reinigen. Einer aktuellen Studie des Umweltbundesamtes (UBA) zufolge kann dies die Trinkwasserkosten um 55 bis 76 Cent pro Kubikmeter erhöhen. Das entspricht einer Preissteigerung von 32 bis 45 Prozent. Eine vierköpfige Familie müsste dann bis zu 134 € im Jahr mehr bezahlen.**

09.06.2017

Maria Krautzberger, Präsidentin des UBA: „Mit den Neuregelungen in der Düngeverordnung wurden lange überfällige Schritte eingeleitet, die hoffentlich die Belastungen so weit senken, dass den Trinkwasserkunden die teure Aufbereitung erspart bleibt. Wichtig sind jetzt eine konsequente Umsetzung und verstärkte Kontrollen in den betroffenen Regionen. Falls sich diese Belastungen nicht verringern, müssten weitere und strengere Auflagen für die Landwirtschaft erfolgen.“

Gerade in Gebieten mit landwirtschaftlich intensiv genutzten Flächen ist das Grundwasser häufig durch zu viel Stickstoff belastet. Grund sind die auf den Feldern aufgebrauchten Gülle und Mist aus der intensiven Tierhaltung oder Mineraldünger für beispielsweise Obst- und Gemüseanbau. Wasserversorger versuchen bereits heute, das Wasser mit unterschiedlichen Maßnahmen zu schützen, indem sie die darüber liegenden Flächen selbst pachten, Brunnen verlagern oder belastetes mit unbelastetem Wasser mischen. Auch diese Kosten fließen bereits heute in den Trinkwasserpreis mit ein.

Doch derartige Maßnahmen werden in Zukunft in hochbelasteten Regionen nicht ausreichen, um den Nitratwert im Trinkwasser niedrig zu halten. Die UBA-Studie hat dies mit Daten von und in Kooperation mit drei großen Wasserversorgern untersucht: OOWV (Oldenburgisch-Ostfriesischer Wasserverband), Rheinenergie und RWW (Rheinisch-Westfälische Wasserwerksgesellschaft). Ergebnis: In einigen Gebieten könnte bald der Fall eintreten, dass das Wasser zusätzlich gereinigt werden muss. Dazu gibt es unterschiedliche Verfahren: Elektrodialyse, Umkehrosmose, biologische Denitrifikation oder das CARIX-Verfahren. Welches Verfahren zur Anwendung kommen kann, wird durch lokale Faktoren wie der Wasserhärte oder der notwendigen Vor- oder Nachbehandlung des Wassers bestimmt. Die Gesamtkosten für die Reinigung hängen neben der Art des Verfahrens auch noch ab von der konkreten Belastungssituation vor Ort, dem zu erreichenden Nitratwert, bis zu dem die Verunreinigungen gemindert werden sollen (Zielwert), und der Menge des aufzubereitenden Wassers. In jedem Falle bedeuten die Verfahren mögliche berechnete Mehrkosten von bis zu 76 Cent pro Kubikmeter für die Wasserkunden: diese müssen also für die Überdüngung in ihrer Region bezahlen.

Die Studie rechnet zudem aus, wieviel die Reinigung von mit Nitrat belastetem Grundwasser in Deutschland insgesamt kosten kann: zwischen 580 und 767 Millionen Euro pro Jahr. Zum Vergleich: Maßnahmen der novellierten Düngeverordnung kosten laut Bundeslandwirtschaftsministerium die Landwirtschaft bis zu 111,7 Millionen Euro pro Jahr, also nur einen Bruchteil dessen, den die betroffenen Trinkwasserkunden zu bezahlen hätten. Dies zeigt erneut: Vorsorge ist billiger als Reparatur. Diese Maßnahmen helfen nicht nur, Nitratreinträge zu reduzieren und die Kosten für die Aufbereitung zu senken. Daneben haben sie sogar noch viele weitere positive Auswirkungen auf die Umwelt, wie den Erhalt der Artenvielfalt.

Zur novellierten Düngegesetzgebung gehört neben dem Düngegesetz und die geplante Einführung einer Stoffstrombilanzverordnung auch die Düngeverordnung, die nach einem langjährigen Prozess umfangreich überarbeitet und im Frühjahr 2017 verabschiedet wurde.

---

## Publikationen

- Quantifizierung der landwirtschaftlich verursachten Kosten zur Sicherung der Trinkwasserbereitstellung (<http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/quantifizierung-der-landwirtschaftlich-verursachten>)

## Dokumente

- Factsheet: Wieviel zahlen Trinkwasserkunden für die Überdüngung? ([http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/2546/dokumente/factsheet\\_kosten\\_nitrat\\_trinkwasser\\_0.pdf](http://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/2546/dokumente/factsheet_kosten_nitrat_trinkwasser_0.pdf))
- 

Wir leben in einer Zeit von „Fast Fashion“. Wie sehr das günstige T-Shirt Mensch und Umwelt belastet und welche Lösungen es gibt, zeigt unser Erklärfilm.

## Umweltbundesamt

### Kontakt

*Wörlitzer Platz 1  
06844 Dessau-Roßlau*

*Telefon: +49-340-2103-0*

*Fax: +49-340-2103-2285*

*buergerservice@uba.de*

---

**Quelladresse (abgerufen am 24.08.2017):** <http://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/zu-viel-duenger-trinkwasser-koennte-teurer-werden>

## Anlage 2 zum Antrag der Fraktion Jemgum 21

**Süddeutsche.de** Wirtschaft

---

6. August 2017, 18:51 Nitratwerte im Grundwasser

# Gefahr fürs Trinkwasser

- Weil seit Jahrzehnten zu viel Gülle und Mineraldünger auf den Feldern verteilt wird, wird die Aufbereitung von Trinkwasser immer schwieriger und teurer.
- Offiziell gilt ein Drittel der Messstellen in Deutschland als zu hoch belastet, tatsächlich ist die Situation jedoch viel kritischer.
- Besonders prekär ist die Lage in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, aber auch in einigen Kreisen in Bayern.

*Von Silvia Liebrich*

Wasser aus der Leitung, das man bedenkenlos trinken kann - in Deutschland ist dies selbstverständlich. Was viele Menschen nicht wissen, dahinter steckt eine komplexe Logistik. Knapp 6000 öffentliche Versorgungsunternehmen bereiten Tag für Tag Wasser aus dem Untergrund, Flüssen und Seen so auf, dass sauberes Trinkwasser aus dem Hahn kommt.

Doch das werde für die Firmen wegen der hohen Nitratwerte immer schwieriger, warnt Martin Weyand, Hauptgeschäftsführer vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) im Gespräch mit der *Süddeutschen Zeitung*. Hauptgrund dafür sei, dass auf Wiesen und Feldern seit Jahrzehnten zu viel Gülle und Mineraldünger verteilt werde. Die Folge ist ein Überschuss an Nitrat, der das Grundwasser belastet und die Aufbereitung verteuert. Dies dürften auch die Verbraucher in den nächsten Jahren zu spüren bekommen. Wasserpreise könnten stärker steigen als bisher angenommen, warnt der Verband der Wasserversorger.

Das neue Düngerecht, das Anfang des Jahres von Bund und Ländern verabschiedet wurde, ist laut Weyand kaum geeignet, um die hohe Nitratbelastung zu senken. Das unterirdische Problem ist offenbar größer, als offiziell von der Politik eingeräumt wird.

Die Bundesregierung geht davon aus, dass knapp ein Drittel der Messstellen im Bundesgebiet zu hohe Nitratwerte ausweisen, die EU hat Deutschland deshalb verklagt. Aus Sicht der Wasserversorger ist die Lage jedoch noch deutlich schlechter. Das ergibt sich aus Daten des Umweltbundesamtes, die für die Unternehmen entscheidend sind. Sie zeigen, dass in fast allen von 402 deutschen Kreisen oder kreisfreien Städten zu viel gedüngt wird.

Aus der Grafik geht hervor, um wie viel die Mengen in den einzelnen Regionen verringert werden müssten, um auf ein Maß zu kommen, das für die Versorger wichtig ist.

Besonders prekär ist die Lage demnach in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, aber

auch in einigen Kreisen in Bayern. Entscheidend ist dabei für die Versorger nicht die offizielle Obergrenze von 50 Milligramm Nitrat pro Liter, sondern ein Wert von 37,5 Milligramm. Das ist die Marke, ab der die Versorger Maßnahmen ergreifen müssen, um den Zustand des Grundwassers zu verbessern. Das verlangt die europäische Wasser-Richtlinie.

### **Wenn nichts mehr hilft, müssen Reinigungsanlagen gebaut werden - das kostet**

Für die Versorger wird das durch Nitrat verunreinigte Grundwasser immer mehr zum Problem. "Die Wasserwirtschaft hat zudem eigene Messungen gemacht und zwar dort, wo das Grundwasser auf die Brunnen zufließt", erklärt Weyand. "Dort gibt es zum Teil noch viel höhere Nitratbelastungen, es werden Werte von bis zu 400 Milligramm pro Liter erreicht, der offizielle Grenzwert liegt bei 50 Milligramm. Es besteht dringender Handlungsbedarf."

Noch lässt sich dies vielerorts ausgleichen, indem Versorger Wasser aus stark und weniger stark belasteten Brunnen mischen oder neue Brunnen bauen, die dann aus noch tieferen Grundwasserschichten fördern. Doch dem sind Grenzen gesetzt, weil mit der Tiefe auch der Salzgehalt steigt, der das Wasser unbrauchbar macht. Funktioniert all das nicht mehr, müssen die Versorger das Wasser von weiter herholen, also neue Leitungen bauen oder spezielle Aufbereitungsanlagen errichten. "Das wäre ein sehr kostspieliger Eingriff, in betroffenen Regionen könnte das Trinkwasser dadurch um bis zu 62 Prozent teurer werden", sagt Weyand. Das Umweltministerium warnte zuletzt vor einer Preissteigerung von bis zu 45 Prozent.

Nitrat im Boden ist nicht per se schädlich, im Gegenteil. Das in Gülle, Stallmist und Mineraldünger enthaltene Nitrat liefert wichtigen Stickstoff, der Pflanzen besser wachsen lässt und für höhere Erträge sorgt. Doch was zu viel ist und im Boden nicht abgebaut werden kann, geht ins Grundwasser - und das ist ein Risiko. In größeren Mengen ist der Stoff, vor allem aber sein Abbauprodukt Nitrit, schädlich. Besonders gefährdet sind Kinder und Schwangere. Deshalb gilt in der EU eine Obergrenze für Trinkwasser von 50 Milligramm je Liter.

"Wir machen uns große Sorgen um den Zustand des Grundwassers. Das ist die wichtigste Ressource, die wir haben", sagt Weyand, der sich gegen Vorwürfe aus der Landwirtschaft wehrt. Joachim Rukwied, Präsident des Deutschen Bauernverbandes, hatte solche Warnungen zuletzt als reine Polemik, Panikmache und Bauernbashing bezeichnet. Weyand hat dafür kein Verständnis, die Fakten ließen sich nicht wegdiskutieren. "Es kann nicht sein, dass Verbraucher für die Sünden der Landwirtschaft geradestehen", stellt er klar. Zugleich betont er, dass sich Konsumenten keine Sorgen über die Qualität machen müssten. "Die deutschen Versorger stellen sicher, dass die Verbraucher jederzeit hochwertiges Trinkwasser bekommen."

### **"Die Vorschriften sind lückenhaft"**

Der Verband der Wasserversorger macht vor allem die zunehmende Massentierhaltung für die steigenden Nitratwerte verantwortlich. Hinzu komme, dass nach wie vor große

Mengen der stinkenden Brühe importiert und vor allem auf Felder in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen gekippt würden. Weyand beruft sich auf Zahlen der niederländischen Universität Wageningen. Demnach wurden allein 2016 mehr als zwei Millionen Tonnen Wirtschaftsdünger aus den Niederlanden eingeführt. "Das entspricht etwa 66 000 Lkw-Ladungen. Man muss sich mal vorstellen, was sich da für eine Kolonne nach Deutschland bewegt", sagt er. Hintergrund ist unter anderem, dass das Düngen mit Gülle in der Vergangenheit in den Niederlanden wegen großer Umweltprobleme stark reglementiert wurde.

Weyand fordert die Bundesregierung zum Handeln auf. Das neue Düngerecht müsse verschärft werden, es greife viel zu kurz. "Die Vorschriften sind lückenhaft und erlauben zu viele Ausnahmen", kritisiert Weyand. Nur Großbetriebe müssten genaue Stickstoff-Bilanzen offenlegen. Diese gelten als wichtiger Baustein der Nitrat-Strategie der Regierung. "Somit wird sich bei 90 Prozent der Betriebe nicht kontrollieren lassen, wie viel tatsächlich in den Hof rein- und wieder rausgeht." Zudem seien weiterhin Überschüsse bis zu 150 Kilogramm Gülle pro Hektar und Jahr zulässig.

Weil vielen Versorgern die Zeit davonläuft, setzen einige auf freiwillige Kooperationen mit Landwirten, mit dem Ziel, dass weniger gedüngt wird. Für Weyand ist das eine erfolgversprechende Option, wenn gesetzliche Vorgaben keine Wirkung zeigen. Fest steht aber, auch dieser Ausgabeposten wird am Ende auf der Rechnung der Verbraucher stehen.

**URL:** <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/nitratwerte-im-grundwasser-gefahr-fuers-trinkwasser-1.3617856>

**Copyright:** Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

**Quelle:** SZ vom 07.08.2017/sry

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an [syndication@sueddeutsche.de](mailto:syndication@sueddeutsche.de).